

An die
Vorsitzende des Schulausschusses

nachrichtlich:
Herrn Bürgermeister Hans-Theo Mennicken

Herrn Fillers, Herrn Bechstein,
Herrn Bartsch, Herrn Becker

Kirchplatz 10
47495 Rheinberg

Stadthaus, Raum 105

Telefon: (0 28 43) 107-134

Rheinberg, 06.03.2010

Antrag

Sehr geehrte Frau Ettwig,

die Fraktion DIE LINKE bittet den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung des Schulausschusses zu setzen:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung damit, alle Eltern von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf der 3.Klassen Grundschule zu befragen, welche Beschulung sie für ihre Kinder in der Sekundarstufe I wünschen:

- integrative Beschulung und, wenn ja, in welcher Schulform oder
- Beschulung in einer Förderschule.

Begründung:

Nach der UN-Charta „Rechte der Menschen mit Behinderungen“, die auch die BRD unterzeichnet hat, ist es eine Pflichtaufgabe des Staates, also auch der Kommunen, den Menschen mit Behinderungen dazu zu verhelfen, nicht ausgegrenzt oder abgesondert zu werden, eben das Recht auf Inklusion, also auf Beschulung in Regelschulen.

Um die Planung für das Schuljahr 2011/12 vorantreiben zu können, benötigt der Schulausschuss bzw. die Verwaltung diese Absichten der Eltern.

Da die Beschulung im Regelunterricht eine Pflichtaufgabe des Staates ist, fällt diese Maßnahme nicht unter den Finanzierungsvorbehalt.

Mit freundlichen Grüßen

von Parzotka-Lipinski